

Berlin und ermordeten heimtückisch die Führer des Proletariats Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Während am 19. Januar die Stimmzettel in die Urnen fielen, schuf am gleichen Tage der Kommandoerlaß den rechtlichen Vorwand für die Liquidierung der Räte.

Am 6. Februar trat das republikanische Parlament unter dem militärischen Schutz des Landesjägerskorps des Monarchisten Maercker fern von den Arbeiterzentren in Weimar zusammen. Während die Nationalversammlung über die Verfassung debattierte, marschierten die Freikorps in Deutschland ganze Arbeit³⁴, marschierten in Münster ein, besetzten Bremen und Halle, ermordeten Arbeiter im Ruhrgebiet und in Berlin, ertränkten die bayrische Räterepublik in Blut.

Der bürgerliche Staat hatte über die von der SPD- und der rechten USFD-Führung gesplante und vertratene Arbeiterklasse gesiegt. Die Revolution hatte der Arbeiterklasse wichtige Errungenschaften, demokratische Rechte und Freiheiten gebracht. Die Arbeiterklasse hatte teuer bezahlte Erfahrungen im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie gewonnen. Im Verlauf der Revolution war die Kommunistische Partei Deutschlands erstanden. Aber es war der Arbeiterklasse nicht gelungen, die Hauptfrage der Revolution, die Frage der Macht, auch nur vorübergehend zu lösen. Sie hatte es nicht vermocht, über einzelne Orte hinaus den zeitweise gelähmten bürgerlichen Staatsapparat konsequent zu säubern und im weiteren Verlauf des Kampfes zu zerschlagen. Deshalb konnte die Revolution nicht über den Rahmen einer bürgerlich-demokratischen, antiimperialistischen Revolution hinausgehen, blieben ihre Ergebnisse sogar im wesentlichen auf parlamentarisch-demokratische Veränderungen beschränkt.

Der Sieg der Konterrevolution 1919, die Fortdauer der Spaltung der Arbeiterklasse während der ganzen Zeit der Weimarer Republik ermöglichte es den deutschen Imperialisten, die Naziherrschaft aufzurichten und die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen.

34 Maercker brüstete sich 1921: „Von Weimar aus bekam das Landesjägerskorps in ununterbrochener Folge Aufträge, die es bis in den Juli hinein beschäftigten, die es durch ganz Mitteldeutschland führten... so daß der ihnen vom Reichswehrminister (Noske — U. J. H.) beigelegte Beinamen der „Städteeroberer“ wohl berechtigt war“ (a. a. O., S. 96).

Justizfunktionäre unterstützen die Volkswahlen

An der erhöhten politischen Aktivität, die sich in diesen Wochen in der ganzen Republik abzeichnet, nehmen die Mitarbeiter der Justizorgane und Staatsanwaltschaften und auch alle Schöffen regen Anteil. Sie referieren in Wahlveranstaltungen, helfen bei deren Vorbereitung und machen die Bevölkerung nicht nur mit den allgemein politischen Hauptgedanken unseres Staates vertraut, sondern auch mit Fragen auf dem Gebiet der Justiz.

Zwar ist in einigen Bezirken und auch in Berlin festzustellen, daß die Ausschüsse der Nationalen Front bei der Planung von Versammlungen und Aussprachen Richter und Staatsanwälte zunächst nicht als Referenten vorgesehen hatten, da bereits genügend zur Verfügung standen. Jedoch nehmen die Funktionäre der Justiz auch in diesen Bezirken aktiv an den Aussprachen teil, wobei sie in der Diskussion die allgemeine politische Argumentation unterstützen bzw. über die justizpolitischen Schwerpunktfragen unterrichten. Gerade die Informationen über die neuen, sozialistischen Gesetze und über die demokratischen Formen der gesetzgeberischen Arbeit rufen allgemein Interesse und Zustimmung hervor.

Viel Sorgfalt wurde darauf verwendet, den Schöffen das Auftreten in der Öffentlichkeit zu erleichtern. Zahlreiche Gerichte haben für die Schöffen eine kurze Anleitung zusammengestellt, in welcher Erfahrungen aus der Rechtsprechung des eigenen Gerichts berücksichtigt werden.

Mit Recht wird auch diese Zeit besonders intensiver politischer Arbeit dafür genutzt, Grundlagen für eine

Nach 1945 hatten die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die Möglichkeit, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Im Osten Deutschlands wurde die Einheit der Arbeiterklasse geschaffen, der Staatsapparat, dessen wichtigste Bestandteile von der Sowjetarmee zerschlagen waren, konsequent gesäubert und die Kriegsverbrecher, Naziaktivisten und Junker enteignet. In der Erkenntnis, daß „nur eine tiefgreifende Umgestaltung des traditionellen Staatswesens ... uns unseren entscheidenden Einfluß auf den neuen Staat“ sichert³⁵, wurde, vom Kampf gegen Faschismus und Imperialismus ausgehend, zielbewußt und klug die vollständige Umwälzung des Staates durchgeführt.

In Westdeutschland wurde dagegen erneut der alte Staatsapparat restauriert. Wieder begann es mit tönenden Phrasen vom „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe“. Wieder wurde die Restauration von der Losung der „freien“ Wahlen begleitet. Wieder erklären SPD-Führer — diesmal unter dem Beifall des katholischen Klerus —, die Demokratie sei eine „Partnerschaft zwischen Mehrheit und Minderheit“, und nehmen „die partnerschaftliche Verantwortung für den gemeinsamen und aus den Grundrechten legitimierten Staat“ auf sich³⁶. Wieder verlangen sie von der Arbeiterklasse, auf ihr revolutionäres Erstgeburtsrecht zugunsten des Linsengerichts bürgerlicher Wahlen zu verzichten. Doch die deutsche Arbeiterklasse, die im Osten Deutschlands im Bündnis mit den anderen Werktätigen die Macht bereits errungen hat, wird diesmal erkennen, daß die echte Alternative lautet: Arbeiter-und-Bauern-Macht oder Macht der Monopolisten, Volksarmee oder Strauß'sche Söldnertruppe, Volksrichter oder Blutrichter Freislers. Sie wird das Vermächtnis der Toten der Novemberrevolution erfüllen:

„Die ganze Macht in der Hand der arbeitenden Masse ... das allein ist wahre Gleichberechtigung, das allein wahre Demokratie!“³⁷

35 Otto Grotewohl, Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5. Aufl., Berlin 1953, S. 116.

36 Adolf Arndt, Sozialistische Staatspolitik — heute. Die neue Gesellschaft, Bielefeld 1958, Heft 2, S. 104.

37 Rosa Luxemburg, Nationalversammlung oder Räteregierung, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1951, n. Bd., S. 644.

dauernde engere Zusammenarbeit zwischen Justizorganen und örtlichen Organen der Staatsmacht zu schaffen. Dabei handelt es sich teils um die Festlegung von Berichterstattungen, teils um die Mitarbeit in den Aktiven der Ständigen Kommissionen. An einigen Kreisgerichten ist vorgesehen, daß nach der Neukonstituierung der Ständigen Kommissionen jeder Richter im Aktiv einer dieser Kommissionen tätig werden soll.

Auch in den Betrieben, in denen ein Teil der Justizfunktionäre jetzt körperliche Arbeit leistet, wird dies im Sinne der Wahlvorbereitung politisch genutzt. Neue Schöffenkollektive werden gebildet, bestehende aktiviert. Mit ihrer Unterstützung kann in breiterem Maße im Betrieb selbst Klarheit über den demokratischen Charakter unserer Justiz und unseres Staates geschaffen werden. Ein Vergleich mit der Justiz des Adenauer-Staates, mit ihren Hunderten von Nazirichtern, macht es jedem Werktätigen klar, daß er mit seiner Stimmabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front den einzigen demokratischen deutschen Staat stärkt.

Diese vielfältige Tätigkeit wird sich in den letzten Wochen der Wahlvorbereitung noch verbessern. Die Bereitschaft zur Unterstützung der Wahlen durch eigene aktive Arbeit besteht bei allen Mitarbeitern der Justizorgane, die freudig bei der Lösung auch der verschiedensten technisch-organisatorischen Aufgaben mit-helfen. Im Mittelpunkt aber steht das Bemühen, die Zeit der Wahlbewegung zur Erreichung einer immer-engeren Verbindung zur Bevölkerung und damit zur Entwicklung des neuen, sozialistischen Arbeitsstils zu nutzen.